

MENA direkt

Islamismus in Bewegung

Schriftenreihe des Fachgebiets Politik
am Centrum für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS)

Die Krise in Libyen, die libysche Muslimbruderschaft
und die internationalen Implikationen
(Stand: September 2014)

Ivesa Lübben und Heidi Reichinnek

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Der politische Kontext: Das Problem der Doppelherrschaft	2
3. Die Position der libyschen Muslimbruderschaft und der <i>Justice and Construction Party</i> (JCP)	6
4. Regionalpolitische Implikationen	9
5. Implikationen für die deutsche Außenpolitik	12

1. Einleitung

Die blutigen und desaströsen Kämpfe um den Flughafen in Tripolis zwischen verschiedenen regierungsgestützten Zintan-Milizen und oppositionellen, von islamistischen Kräften unterstützten Misrata-Milizen sind nur eines von vielen Indizien dafür, dass es seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes keiner der libyschen Regierungen gelungen ist, die großen Probleme des Landes zu lösen: die Auflösung der Milizen und den Aufbau von zentralen Sicherheitsstrukturen, die Einleitung eines inklusiven politischen Prozesses und die Herstellung von Staatsstrukturen, einschließlich der Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols. Die Polarisierung im Land zeigt sich in der faktischen Herausbildung einer politischen Doppelmacht: Im ostlibyschen Tobruk tagt seit Anfang August das am 25. Juni 2014 gewählte und von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte *House of Representatives* (HoR). Während das HoR am 1. September erneut den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Abdallah al-Thinni mit der Regierungsbildung beauftragt hat, weigert sich der *General National Council* (GNC), dessen Amtszeit mit den Neuwahlen auslief, die Macht an das HoR zu übergeben. Begründet wird dies – zumindest offiziell – mit Verfahrensfehlern. Die tatsächlichen Gründe für das Misstrauen gegenüber dem HoR liegen jedoch darin, dass der GNC das Parlament in Tobruk beschuldigt, mit dem Verbot aller Milizen den versuchten Putsch General Haftars nachträglich zu legitimieren, von Tobruk aus die Bombardierung Bengasis und Tripolis angeordnet zu haben und ausländische militärische Unterstützung einzufordern. Inzwischen hat der GNC in Tripolis Omar al-Hassi damit beauftragt, eine ‚Regierung der Nationalen Einheit‘ als Gegengewicht zur Thinni-Regierung in Tobruk zu bilden.

Ein Mittellager bestehend aus liberalen und zivilgesellschaftlichen sowie moderat-islamistischen Kräften, das bislang die Entmilitarisierung der Milizen zugunsten eines inklusiven demokratischen Prozesses befürwortet, droht in diese Polarisierung hineingezogen und zerrieben zu werden. Zu diesem Mittellager ist auch die libysche Muslimbruderschaft zu rechnen. In Libyen, einem Land, in dem 40 Jahre Gaddafi-Herrschaft nicht nur die politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern auch eine demokratisch-politische Kultur zugunsten tribaler Loyalitäten und persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse zerstört hat, ist die Muslimbruderschaft immer noch die am besten organisierte politische Kraft. Wenn auch ihr Einfluss häufig überschätzt wird, unterstreicht diese Stellung doch ihre Bedeutung für die zukünftige politische Landschaft Libyens. Im Folgenden soll vor dem Hintergrund der Konfliktlinien die Position der Muslimbruderschaft und der von ihr gegründeten *Justice and Construction Party* (JCP) beschrieben werden. Dem angeschlossen ist ein Überblick über die Reaktionen der Regionalmächte auf die libysche Krise und Schlussfolgerungen für die deutsche Außenpolitik.

2. Der politische Kontext: Das Problem der Doppelherrschaft

Der Konflikt in Libyen wird immer wieder als ein Konflikt zwischen einem islamistischen und einem liberalen Lager dargestellt. Dies ist jedoch eine Vereinfachung, die zu Fehlschlüssen bei der politischen Bewertung führen kann. Gegen die Existenz zweier sich gegenüberstehender Lager spricht *erstens*, dass die islamistischen Kräfte weder politisch, noch ideologisch homogen sind, und *zweitens* sind die wenigsten Milizen eindeutig einem politisch-ideologischen Lager zuzurechnen, vielmehr verfolgen sie ihre spezifischen Macht- und Wirtschaftsinteressen.

In den Ereignissen des Sommers 2014 überlappen sich viele Konfliktlinien. Diese gehen zum Teil auf das Erbe der Gaddafi-Ära zurück; zum Teil sind sie allgemeine Begleiterscheinungen von politischen Transformationsprozessen; andere Konflikte sind Ausdruck sozio-demographischer Besonderheiten der libyschen Gesellschaft:

1. Der Konflikt zwischen Pro- und Anti-Gaddafi-Kräften, d.h. einerseits zwischen den Aktivisten der Revolution, die sich - anders als in Tunesien und Ägypten - aufgrund der Brutalität des Regimes schnell militarisiert haben, und konterrevolutionären Netzwerken andererseits.
2. Die Konkurrenz von Stämmen, die in Libyen nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Großstädten wie Tripolis und Bengasi und unter der Jugend eine wichtige Rolle als Identitätsstifter spielen. Gaddafi versuchte, einige dieser Stämme zu kooptieren, während andere Stämme marginalisiert wurden. Das hat die inter-tribale Konkurrenz in der Post-Gaddafi-Ära noch verstärkt.¹ Viele Stämme haben während der Revolution eigene Milizen gebildet.
3. Die Konkurrenz zwischen Städten, besonders der Städte mittlerer Größe mit homogener Stammesstruktur: in der Post-Gaddafi-Phase ist hier besonders die Konkurrenz zwischen Misrata^a, der drittgrößten Stadt Libyens, und der Provinzstadt Zintan zu nennen. Beiden Städten war es während des Aufstandes 2011 gelungen, sich selbst zu befreien. Besonders Misrata hatte dabei zahlreiche Opfer zu beklagen. Die Milizen beider Städte haben gemeinsam Tripolis von Pro-Gaddafi-Truppen befreit. Aus der dadurch gewonnenen revolutionären Legitimität leiteten sie in der Transformationsphase Ansprüche auf Einfluss in staatlichen Exekutivorganen und auf staatliche Ressourcen ab und stehen dabei in Konkurrenz um Positionen und Macht.^b Ihre Milizen wurden zwar offiziell in die neuen staatlichen Sicherheitsstrukturen integriert, verstehen sich aber faktisch weiterhin als Exekutivorgane ihrer Städte und arbeiten eng mit den jeweiligen Stadtverwaltungen in Misrata bzw. in Zintan zusammen, die wiederum über das militärische Gewicht der Milizen ihre Position bei der regionalen Neuordnung Libyens stärken wollen.
4. Die Bewegung der Föderalisten, die die Autonomie der Cyrenaika fordert. Föderalistische Milizen haben monatelang die Ölpipelines blockiert, um diese Autonomie zu erzwingen.
5. Die Konkurrenz zwischen Revolutionären und der politischen Elite: Viele der Revolutionäre, die sich als die Befreier Libyens verstehen und Opfer für diesen Sieg gebracht haben, sehen sich

^a Die Misrata-Milizen sind mit 40.000 bewaffneten Kräften die größte bewaffnete Formation Libyens. Misrata ist ein wichtiger Industrie- und Wirtschaftsstandort. Entsprechend einflussreich ist das Bürgertum von Misrata.

^b So wurde z.B. das Verteidigungsministerium an Zintan übergeben, das Innenministerium ging an Misrata.

von der politischen Elite – von der viele im Exil im Ausland waren – immer stärker marginalisiert.

Diese bereits existenten Konfliktlinien wurden durch Fehlentwicklungen im Transformationsprozess und die *Operation Karama* [Würde] des libyschen Ex-Generals Khalifa Haftar noch weiter vertieft. Die wichtigsten dieser Entwicklungen sind:

Die Inklusion der Milizen in die neuen Sicherheitsstrukturen: Die Entscheidung, ganze Milizen in neu zu schaffende Sicherheitsstrukturen zu integrieren statt sie aufzulösen, hat dazu geführt, dass die oben skizzierten Konflikte in die neuen Staatsstrukturen verlagert wurden. Das Verhältnis von Regierung und Milizen hatte nach 2011 den Charakter eines ungeschriebenen „Sozialvertrages“, wonach die Milizen sich verpflichten, nicht gegen die Regierung zu revoltieren und dafür als Gegenleistung Zugriff auf staatliche Transferleistungen und politischen Einfluss gewinnen.² In vielen Städten wurden die Milizen nach Auflösung der alten lokalen Machtstrukturen der Gaddafi-Ära zu einer Form des Staatersatzes. Als bewaffneter Arm der Lokalverwaltungen sorgten sie für Ordnung und unterstützten die Lokalräte bei dem Wiederaufbau von Dienstleistungen. Die Milizen wurden dadurch aufgewertet und erhielten quasi-staatliche Legitimation.^c Die Misrata-Milizen sind mit einer Mannschaftsstärke von ca. 40.000 Mann die größte bewaffnete Formation Libyens.³

Das „Gesetz über die politische Isolation“: Die Verabschiedung des Gesetzes in seiner jetzigen strikten Form wurde von Anti-Gaddafi-Milizen durch die Besetzung des Parlaments im Mai 2013 erzwungen. Es untersagt allen ehemaligen Funktionsträgern der Gaddafi-Ära, unabhängig von ihrer Position und davon, ob sie sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, die Übernahme von öffentlichen Funktionen für einen Zeitraum von zehn Jahren. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen denjenigen, die Gaddafi bis zu seinem Ende unterstützt haben und denjenigen, die sich vom Regime abgewandt und damit der Revolution zum Durchbruch verholfen haben.^d Es hat nicht nur wichtige Teile der Technokratie in das Lager der anti-revolutionären Kräfte gedrängt, sondern auch das revolutionäre Lager gespalten.⁴

Der von Ägypten unterstützte Putschversuch Khalifa Haftars und die Minimierung der Rolle moderater Islamisten: Ex-General Haftar forderte im Februar 2014 die Auflösung des Parlaments, die Absetzung der Regierung und die Auflösung aller Milizen. Sein erklärtes Hauptziel war und ist jedoch die Säuberung Libyens vom Einfluss der Muslimbruderschaft.⁵ Darin wird er von Ägypten, das die ägyptischen Muslimbrüder nach dem Militärputsch vom 3. Juni 2013 verboten und zur terroristischen Organisation erklärte, unterstützt.⁶ Mitte Mai 2014 griff die von Haftar

^c So war der Verteidigungsminister in der Regieung al-Kib, Osama al-Jwaili aus Zintan. Er sorgte dafür, dass Brigaden aus Zintan wie die al-Qaaqaa- oder al-Sawa'iq-Milizen viele Sondervergütungen erhielten. Sie blieben unter seinem direkten Kommando und wurden nicht dem Generalstabschef der Armee, Yousef al-Mangoush, unterstellt, der aus Misrata kam. Umgekehrt unterstellte Mangoush Milizen aus Misrata wie die Libyan Shield Forces seinem Kommando und übertrug ihnen staatliche Schutzaufgaben. Auch die Truppen des Innenministeriums wurden von Kommandeuren aus Misrata kontrolliert. Vgl. Jason Pack, Karim Mezran und Mohamed Eljarh (2014): *Libyan Faustian Bargains: Breaking the appeasement Cycle*. Atlantic Council of the United States. Washington. S. 41. Abrufbar unter: http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Libyas_Faustian_Bargains.pdf. (Letzter Zugriff 10.9.2014).

^d Es fand auch Anwendung auf exponierte Oppositionspolitiker wie den Präsidenten des Nationalen Übergangsrats Mustafa Abdel Jalil, oder den Vorsitzenden der *Allianz Nationaler Kräfte*, Mahmoud Jibril.

geschmiedete *Libysche Nationale Armee*, bestehend aus ehemaligen Offizieren der libyschen Armee, Stammesmilizen – vor allem aus Zintan – und ostlibyschen Föderalisten, Bengasi an und besetzte das Parlament. Mittlerweile haben sich verschiedene Spezialkommandos der libyschen Armee sowie Teile der Luftwaffe und der Marine Haftars *Operation Karama* [Würde] angeschlossen, die inzwischen auch die Unterstützung des in Tobruk tagenden HoR findet. Die Kampagne wird auch von Teilen der salafistischen Strömungen unterstützt.⁷ Als Reaktion auf den Feldzug Haftars schlossen sich andere Milizen zur *Operation Fajr* [Morgenröte] zusammen. Dazu gehören mehrere westlibyschen Stammesmilizen, die semi-staatlichen *Libya Shield Forces* und die Milizen aus Misrata. Unterstützt werden sie im Osten Libyens auch von der radikal-islamistischen *Ansar al-Scharia*. Diese hat sich jedoch inzwischen wieder von den anderen *Fajr*-Milizen distanziert, weil diese die Errichtung eines von *Ansar al-Scharia* geforderten islamischen Emirats in Bengasi und Tripolis ablehnen.^e

Zwischenfazit:

- Durch die politische Polarisierung werden die zahlreichen unterschiedlichen Konfliktparteien dazu gezwungen, sich einem der beiden Lager anzuschließen. Libyen ist von einer Spaltung bedroht, die alle staatlichen Strukturen, Regionen, Stämme, Gewerkschaften und politischen Lager durchzieht und durch die das Land immer stärker auf einen Bürgerkrieg zusteuert. Inzwischen werden beide Lager von unterschiedlichen Repräsentationsorganen vertreten: Auf der einen Seite das in Tobruk tagende House of Representatives (HoR), das Abdallah al-Thinni zum Regierungspräsidenten ernannt hat, und auf der anderen Seite der General National Council (GNC), der eine Regierung unter Omar al-Hassi gebildet hat. Um die Differenzen zwischen beiden Lagern zu verstehen und zu überwinden, ist es zwingend notwendig, die unterschiedlichen Konfliktlinien zu adressieren und die homogene "islamistisch-liberal"-Dichotomie aufzubrechen.
- Zwar wird das *House of Representatives* (HoR) von der internationalen Staatengemeinschaft als einziger legitimer Vertreter des libyschen Volkes anerkannt, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das HoR nur über eine sehr fragile Legitimität verfügt. Die Wahlbeteiligung lag bei 20%. Etwa ein Viertel der Abgeordneten boykottiert die Sitzungen in Tobruk. Das Parlament hat keine Kontrolle über Regierungsinstitutionen in Tripolis, die zum Teil die Kooperation mit dem HoR und der Thinni-Regierung verweigern. Einige Stadträte haben dem HoR ihre Loyalität aufgekündigt und die Abgeordneten ihrer Distrikte zum Rücktritt aufgefordert, da das HoR mit der *Operation Karama* kooperiere und sich für ausländische militärische Unterstützung ausspreche.^f

^e So griff die radikal-islamistische *Ansar Al-Scharia* den *Schura-Rat der Revolutionäre Tripolis*, die sich als politischer Arm der *Operation Fajr* in Tripolis verstehen, an. Der *Schura –Rat* hatte nach der Einnahme des Flughafen von Tripoli erklärt, dass die Revolution des 17. Januar 2011 sich gegen Tyrannei und Unterdrückung gerichtet hätte mit dem Ziel, einen demokratischen, gerechten Verfassungsstaat zu errichten. *Ansar al-Scharia* hingegen postuliert eine politische Ordnung auf der Basis der Scharia als Ziel der Revolution. Siehe: Ansar al-shari`a yaridd `ala shura thuwar tarabulus [Ansar al-Scharia antwortet auf den „Schura-Rat der Revolutionäre Tripolis“]. In Bawaba al-Wasat, 1. 9.2014: <http://www.alwasat.ly/ar/news/libya/34365/>. (Letzter Zugriff: 15.9.2014).

^f Dazu gehören die Küstenstädte Misrata, Zliten, Sebha, Emnsalata und Khoms sowie die Berberstädte Nalut und Kabaw in den Nafussa-Bergen. vergleiche: *Jabal Nefusa towns declare boycott of the House of Representatives*. *Libya*

- Bei dem Machtkampf zwischen Haftar und den *Fajr*-Milizen sowie zwischen dem HoR und dem von *Fajr*-Milizen unterstützten GNC geht es nur vordergründig um ideologische Positionen. Tatsächlich verbirgt sich dahinter ein Machtkampf zwischen alten und neuen Eliten.⁸ Auf Seiten Haftars finden sich – abgesehen von Zintan-Brigaden und Cyrenaika-Föderalisten – vor allem Teile des alten Establishments und Technokraten aus der Gaddafi-Ära, so beispielsweise ein Großteil der Armeeeinheiten wie die Al-Saiqa (Spezialeinheiten der ehemaligen libyschen Armee) und Einheiten der Luftwaffe. Die *Fajr*-Brigaden sind hingegen im Wesentlichen ein Zusammenschluss aus jenen Milizen, die militärisch gegen Gaddafi und seine Einheiten gekämpft haben.⁸
- Die militärischen Angriffe auf Bengasi haben zu einer Annäherung von *Ansar al-Scharia* und anderen Revolutionsgruppen geführt. Dadurch ist die in Bengasi geführte Debatte, wie dem Einfluss radikaler Gruppen, v.a. der *Ansar al-Scharia*, zu begegnen ist, verstummt. Statt radikale Kräfte zu isolieren, erhalten diese neuen Auftrieb, da sie sich an der Seite anderer Rebellengruppen als Verteidiger der Stadt gegen die Haftar-Truppen positionieren.
- Durch das Fehlen eines staatlichen Gewaltmonopols droht die Militarisierung weiterer Bevölkerungsgruppen, die die Notwendigkeit sehen, sich selbst zu verteidigen. In den Grenzregionen können diese Konflikte auf die Nachbarländer Libyens übergreifen und andere Staaten in die Auseinandersetzung hineinziehen.⁹

Herald (Tripoli). 19 August 2014., abrufbar unter: <http://www.libyaherald.com/2014/08/19/jabal-nefusa-towns-boycott-the-house-of-representatives-over-tobruk-meetings/#axzz3DbwkzZja>. Vgl. Tarhouna rejects House of Representatives, declares support for Operation Dawn. In: . *Libya Herald* (Tripoli). 20 August 2014: Abrufbar unter <http://www.libyaherald.com/2014/08/21/tarhouna-rejects-house-of-representatives-declares-support-for-operation-dawn/#axzz3DbwkzZja> (Letzter Zugriff: 8.9.2014).

⁸ Der *Operation Karama* unter General Haftar haben sich die meisten noch bestehenden Einheiten der bewaffneten Streitkräfte angeschlossen, darunter die Luftwaffeneinheiten aus Bengasi und Tobruk, die Saiqa (eine Einheit von Spezialkommandos), einige Polizeieinheiten, föderalistische Milizen aus Ost-Libyen, Grenzschutzeinheiten und die Brigaden aus Zintan. Der *Operation Fajr* haben sich Revolutionsbrigaden, v.a. aus Misrata, Bengasi und Tripolis angeschlossen sowie die erst 2012 gegründeten *Libyan Shield Forces*. Letztere sollten ehemalige Milizen auffangen. Sie sind dem Stabschef der Armee unterstellt und gelten als besonders brutal im Umgang mit politischen Gegnern und Konkurrenten. Vgl. Libyan Dawn. Map of allies and enemies. Al-Arabiya Institute of Studies. 25.8.2014 Abrufbar unter: <http://english.alarabiya.net/en/perspective/alarabiya-studies/2014/08/25/Libyan-Dawn-Map-of-allies-and-enemies.html>. (Letzter Zugriff: 4.9.2014); Francesco Finucci (2013): Libya: military actors and militias. Abrufbar unter: http://www.globalsecurity.org/military/library/report/2013/libyan-militias_finucci.pdf. (Letzter Zugriff: 4.9.2014).

3. Die Position der libyschen Muslimbruderschaft und der Justice and Construction Party (JCP)

Die Muslimbruderschaft ist die größte Bewegung innerhalb des heterogenen islamistischen Spektrums in Libyen.^h Aufgrund dieser Stellung wird der Einfluss der libyschen Muslimbruderschaft und der von ihr gegründeten *Justice and Construction Party* (JCP) jedoch oft überschätzt. Bei den Wahlen zum GNC erhielt sie 10% der Stimmen und 17 der 80 für Parteien reservierten Mandate. Da das neue HoR nur aus unabhängigen Direktkandidaten besteht, ist schwer einzuschätzen, ob der Einfluss der JCP zurückgegangen ist oder ausgebaut werden konnte, wobei eher von Ersterem ausgegangen werden kann. Die der Muslimbruderschaft zugeschriebene Bedeutung beruht vor allem auf ihrer Arbeitsdisziplin, ihrem Organisationspotential und ihrem institutionalisierten Handeln, das ihr Vorteile gegenüber den anderen, eher locker vernetzten politischen Akteuren verschafft.¹⁰ Die JCP dürfte derzeit die einzige politische Kraft in Libyen sein, auf die die Bezeichnung „Partei“ zutrifft.

Die libysche Muslimbruderschaft wurde 1949 gegründet. Sie war unter Gaddafi verboten und wurde verfolgt. Viele ihrer Mitglieder gingen ins Exil oder saßen jahrelang gemeinsam mit anderen Oppositionellen – darunter Mitglieder der *Libyan Islamic Fighting Group* [LIFG] – in dem berüchtigten Gefängnis von Abu Slim ein.¹¹ Es war die gemeinsame Gefängniserfahrung in Abu Slim, die viele Führer der Milizen gemacht hatten, und der Zusammenhalt ihrer Familien, und nicht die gemeinsame Ideologie, die bis heute die bewaffneten Gruppen, die gegen Gaddafi kämpften, zusammenhält. Die Bezeichnung als „Islamisten“ ist eher eine nachträgliche Projektion, die allein darauf beruht, dass auch Islamisten – aber eben nicht nur – Teil dieser Netzwerke sind.ⁱ Viele der ehemaligen Insassen von Abu Slim haben sich der *Operation Fajr* angeschlossen.

Die Re-Organisierung der libyschen Muslimbruderschaft begann erst mit deren 9. Kongress im November 2011.^j Hier trafen erstmals Mitglieder aus dem Exil, aus dem Untergrund und ehemalige politische Gefangene aufeinander. Der Kongress wählte den aus den USA zurückgekehrten Bashir al-Kubti zum neuen Vorsitzenden und beschloss die Gründung einer politischen Partei, der *Justice and Construction Party* (JCP).

Die JCP, deren Gründungsparteitag im März 2012 abgehalten wurde, versteht sich nicht als der politische Arm der Muslimbrüder, sondern als unabhängige, nationalistisch-libysche Partei mit einer islamischen Referenz. Die Mitgliedschaft steht auch Nicht-Muslimbrüdern offen. Wie die Muslimbruderschaft setzt sich auch die JCP für ein demokratisches Libyen mit Gewaltenteilung,

^h Andere islamistische Akteure sind die *Libyan Islamic Fighting Group* (LIFG), die sich seit den 2000er Jahren von der Gewalt distanzierte und die nach dem Sturz Gaddafis die *Watan-Partei* gründete, die auch für nicht-Islamisten offen steht, sowie mehrere salafistische Gruppen. In Ost-Libyen macht vor allem die militante *Ansar al-Scharia* von sich reden. Diese beteiligte sich am Kampf gegen Gaddafi, lehnt jedoch die demokratische Transformation zugunsten eines alternativen islamischen Staatsmodells an. Vgl. zu der Struktur der islamistischen Bewegung nach dem Sturz Gaddafis Fitzgerald, Mary (2014): *Finding their Place. Libya's Islamists during and after the Revolution*. S. 186. (Bisher unveröffentlichtes Kapitelmanuskript) und Mattes, Hanspeter: *Libyen nach Gaddafi: Islamistischer Aufschwung und Stärkung des religiösen Sektors*. in: Faath, Sigrid (2012): *Islamische Akteure in Nordafrika*. Sankt Augustin. S. 79-100.

ⁱ „Es gab ehemalige politische Gefangene in jeder libyschen Stadt, die aufgrund des gegenseitigen Vertrauens während der Revolution schnell starke und sichere Netzwerke bildeten, die schwer aufzubrechen waren.“ Zu diesen Netzwerken stießen Jugendliche aus allen politischen und sozialen Spektren, vgl.: Fitzgerald, Mary (2014). S.180.

^j Frühere Kongresse fanden im Ausland statt.

Pressefreiheit, einer starken Zivilgesellschaft und Parteienpluralismus ein. Ohne starke Parteien würde Libyen in tribale Strukturen zurückfallen, betont Bashir al-Kubti.¹² In der Transformationsphase räumt er dem Aufbau starker staatlicher Strukturen und dem Prozess der nationalen Aussöhnung Priorität ein. Al-Kubti fordert einen umfassenden nationalen Dialog, der prinzipiell auch Vertreter der Milizen, Kräfte des alten Regimes, Repräsentanten General Haftars und die radikal-islamistischen Ansar al-Scharia einschließen soll. Voraussetzung für die Teilnahme am Dialog sei das Bekenntnis zu Demokratie, friedlichen Methoden der Konfliktlösung, Respekt vor staatlichen Institutionen und die Ablehnung ausländischer Interventionen.¹³ Al-Kubti kritisiert anders als viele Muslimbrüder, die unter Gaddafi im Gefängnis saßen, das *Gesetz zur politischen Isolation*, da es nationale Persönlichkeiten, die sich vom Gaddafi-Regime abgewandt hatten, um sich der Opposition anzuschließen, ausschließt.¹⁴ Die JCP hatte dem Gesetz bei der Abstimmung im GNC jedoch trotz einiger Vorbehalte zugestimmt.

Sowohl die JCP als auch die Muslimbruderschaft haben lange versucht, eine moderate Mittelposition in den internen Konflikten einzunehmen und haben sich aus bewaffneten Auseinandersetzungen herausgehalten. In ihren Erklärungen haben sie konstant betont, dass Libyen nicht zum Schauplatz bewaffneter Kämpfe werden darf. Sie haben Terrorismus und Angriffe auf Politiker und öffentliches Eigentum durch Milizen immer wieder verurteilt und die Aufklärung politisch motivierter Verbrechen gefordert.¹⁵

Im Mittelpunkt der Parlamentsarbeit der JCP im GNC stand das Bemühen um den Aufbau effektiver Staatstrukturen. Die JCP war an der Regierung Ali Zeidans mit fünf Ministern – darunter das wichtige Erdölministerium – beteiligt. Im Januar 2014 traten die JCP-Minister aus Protest gegen die Regierungsführung Zeidans zurück, dem sie vorwarfen bei der Wiederherstellung von Sicherheit gescheitert zu sein.¹⁶ Die JCP hat versucht, ein Gleichgewicht zwischen der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution durch revolutionäre Milizen und der Institutionalisierung staatlicher Sicherheitsstrukturen zu wahren.¹⁷ Damit hat sie sich auf eine Gratwanderung begeben, die vor dem Hintergrund der Polarisierungen immer schwieriger wurde, wie sich an ihrer Unterstützung der *Operation Fajr* und der Wahl der Gegenregierung al-Hassis zeigt. Erklärungen vieler Kommentatoren, die in der Positionierung der JCP zugunsten des GNC eine Reaktion auf verlorenen Einfluss bei den Wahlen zum HoR sehen, werden der Haltung der JCP jedoch nicht gerecht.

Die JCP hat das Wahlgesetz für das HoR, das keine Mandate für Parteien vorsieht, mitgetragen - wohl wissend, dass dadurch ihr parlamentarischer Einfluss zurückgehen wird. Sie hat wiederholt erklärt, die Wahlen zum HoR seien ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie, und sie hat die Wahlergebnisse ausdrücklich begrüßt. In einer Erklärung der JCP vom 23. Juni 2014 zum Wahlausgang drückt die JCP die Hoffnung aus, dass das neue Parlament dem Vertrauen, das die Menschen ihm entgegengebracht hätten, gerecht werden wird. Das Parlament wird aufgerufen, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.¹⁸

Die Distanzierung der JCP vom HoR steht vielmehr im Kontext der Annäherung des HoR an die Haftar-Kampagne. Die JCP wirft dem Parlament in Tobruk vor, in dem Konflikt einseitig Stellung bezogen zu haben, statt sich um einen Prozess der nationalen Aussöhnung aller Konfliktparteien zu bemühen. Dahinter steht die Befürchtung, dass die säkulare Elite Libyens die Träger der Revolution

zugunsten eines Kompromisses mit Elementen des vor-revolutionären Establishments marginalisieren könnte. Auf der formalen Ebene wirft die JCP dem neuen Parlament Verfahrensfehler vor. Nach den Bestimmungen der Übergangsverfassung hätte der GNC auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem HoR in Bengasi die Macht offiziell an das neue Parlament übergeben müssen. Damit wäre die Amtszeit des GNC offiziell beendet gewesen. Statt eine gemeinsame Sitzung in Bengasi abzuhalten, hat das HoR jedoch ohne die formelle Amtsübergabe die Sitzungen nach Tobruk verlegt, das von Haftar-treuen Einheiten der Luftwaffe kontrolliert wird. Angesichts der Tatsache, dass Haftar erklärt hat, die Islamisten von der Landkarte des Nahen Ostens zu tilgen, sehen diejenigen Parlamentarier, die der Muslimbruderschaft nahe stehen oder mit ihr kooperieren, in der Teilnahme an den Sitzungen in Tobruk ein persönliches Sicherheitsrisiko und blieben deswegen den Sitzungen fern.

Die JCP wirft dem HoR vor, mit dem Verbot der *Fajr*-Milizen dem Putschversuch Haftars nachträglich Legitimität verschaffen zu wollen, die nationale Einheit zu torpedieren und Libyen in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Mit der Kriminalisierung der *Fajr*-Milizen hätte das HoR die Mehrheit des libyschen Volkes zu Terroristen erklärt, sagte Mohammed Sawan am 25. August in einem AFP-Interview.¹⁹ Er wies darauf hin, dass sich 22 gewählte Stadträte – u.a. in Tripolis, Misrata und Zawiya – hinter die *Fajr*-Milizen gestellt hätten. Diese würden zwei Drittel der libyschen Bevölkerung repräsentieren.²⁰

Sawan betont, dass die JCP keine Konfliktpartei in den bewaffneten Auseinandersetzungen sei. Aber er zeigt politisches Verständnis für die Eroberung des Flughafens in Tripolis durch die Einheiten des *Libyan Shield*, der größten Miliz aus Misrata, die er als Reaktion auf die Kampagne Haftars interpretiert.^k Die aus Zintan stammenden Qaaqaa und Sawaiqa-Milizen, die mit der Sicherung des Flughafens in Tripolis betreut gewesen waren, hätten sich Haftar angeschlossen, der mit ihrer Hilfe Tripolis erobern wollte – so die Interpretation Sawans. Sawan gibt der amtierenden Regierung unter Abdallah al-Thinni die politische Verantwortung für die Eskalation. Er wirft al-Thinni vor, Stillschweigen gegenüber der Besetzung des Parlaments durch Haftar-Einheiten im Mai 2014 und gegenüber der Bombardierung Bengasis und Tripolis durch Haftar-treue Einheiten bewahrt zu haben. Auch hätte al-Thinni nicht auf die Ankündigung Haftars reagiert, die *Operation Karama* auf andere Städte auszuweiten. Dies wird als stillschweigendes Einverständnis interpretiert. Vor dem Hintergrund staatlicher Handlungsunfähigkeit hätten daher revolutionäre Milizen die Verteidigung Tripolis übernommen. Sawan betont, dass die JCP jede Form von Terror ablehne. Die Bekämpfung von Terrorismus könne jedoch nur auf gesetzlicher Basis erfolgen und nicht mittels einer Kampagne (gemeint ist Haftar), die selber außerhalb jeder Legalität operiere.²¹

Nichtdestotrotz spricht die JCP anders als viele der revolutionären Milizen dem HoR nicht die Legitimität ab. Sie fordert das HoR auf, die Formfehler zu korrigieren und die politischen Beschlüsse zugunsten eines inklusiven Prozesses zu revidieren. Das Land brauche einen größtmöglichen Konsens um die Krise zu überwinden.²² Hierzu schlägt die JCP eine gemeinsame Sitzung von HoR und GNC vor. Die JCP unterstützt die Vermittlungsbemühungen der UN-Mission für Libyen (UNSMIL)

^k *Libyan Shield* ist eine paramilitärische Organisation, die 2012 von mehreren Anti-Gaddafi-Gruppen gegründet wurde. Sie ist vor allem durch Misrata-Revolutionäre besetzt.

unter Bernardino Leon, der sich ebenfalls um einen inklusiven Dialog bemüht.

Zwischenfazit:

- Die JCP sieht sich nicht als islamische, sondern als nationalistische Partei mit islamischer Referenz, die politisch unabhängig von der Muslimbruderschaft agiert. Innerhalb des politischen Spektrums in Libyen ist sie im Mittelfeld anzusiedeln. Sie setzt sich für einen Dialog aller Konfliktparteien ein.
- Auch die JCP konnte sich nicht der politischen Polarisierung in Libyen entziehen. Politisch hat sie sich letztlich hinter den GNC und die Wahl der Regierung al-Hassi gestellt und die Einnahme des Flughafens durch Einheiten der *Operation Fajr* gerechtfertigt.
- Trotzdem spricht sie dem HoR nicht grundsätzlich die Legitimität ab, sondern fordert eine verfassungsgemäße Übergabe der Legislativmacht durch den GNC sowie eine Distanzierung des HoR von der Haftar-Kampagne und einen inklusiven politischen Prozess.
- Für die JCP geht es nicht allein um die politische Versöhnung, sondern das eigene politische Überleben. Nicht nur Haftar, sondern auch die im HoR vertretene säkulare Elite hat auch mit Blick auf die JCP gefordert, Parteien auf religiöser Basis zu verbieten. Durch den politischen Druck auf das HoR versucht die JCP ihr Weiterbestehen abzusichern.

4. Regionalpolitische Implikationen

Im Verlauf der Libyenkrise haben sich die externen regionalen Achsen konsolidiert, die beim Sturz des ägyptischen Ex-Präsidenten virulent wurden [siehe dazu MENAdirekt Nr. 3]. Über die Unterstützung unterschiedlicher interner Akteure und divergierender Konfliktlösungsstrategien versuchen sie, ihren Einfluss in Libyen zu erweitern.²³

I. Die anti-islamistische Achse Ägypten-VAE-Saudi-Arabien, die die regionale Rolle islamistischer Kräfte mindern will:

Die VAE und Ägypten sollen Haftar durch Luftschläge unterstützt haben – eine Position, die durch Erkenntnisse amerikanische Sicherheitsexperten gestützt wird,²⁴ auch wenn das amerikanische Außenministerium die Aussagen nach einem Dementi des ägyptischen Außenministers Schukri wieder zurückgenommen hat. Trotz dieser Dementis halten Militärexperten an der Hypothese fest, dass die Luftschläge von ägyptischen Militärbasen aus durch emiratische Kampfflugzeuge ausgeführt wurden. Unabhängig von der offiziell ungeklärten Urheberchaft der Luftangriffe gilt es als wahrscheinlich, dass Ägypten und die VAE General Haftar bei dessen Kampagne gegen die Islamisten zumindest mit technischer Unterstützung zur Seite stehen.²⁵ Über den geplanten Abschluss eines offiziellen Militärabkommens mit der al-Thinni-Regierung hofft Ägypten, die bisherige informelle Unterstützung der *Operation Karama* zu formalisieren, seinen Einfluss in Libyen festzuschreiben, und die gegen die Muslimbrüder gerichtete Achse Ägypten-VAE-Saudi-

Arabien zu verstetigen.¹ In der ägyptischen Öffentlichkeit wird seit Wochen über einen Militärschlag gegen islamistische Milizen in Ostlibyen debattiert. Im Gegensatz zu Ägypten und den VAE bleibt Saudi-Arabien im Falle Libyens eher in der zweiten Reihe. Der kontinuierliche Austausch auf höchster politischer Ebene zwischen beiden Ländern zeigt aber, dass die Libyen-Strategie der VAE sehr wahrscheinlich mit Saudi-Arabien abgesprochen ist.²⁶

II. Die Achse Katar-Türkei, die über die Kooperation mit moderat-islamitischen Kräften versuchen, ihren regionalen Einfluss zu erweitern:

Der libysche Premierminister al-Thinni hat Katar vorgeworfen, die *Operation Fajr* finanziell und militärisch zu unterstützen. So seien drei Flugzeuge mit Waffen aus Katar am Mitiga-Flughafen in Tripolis gelandet. Al-Thinni drohte Katar mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen. Der katarische Außenminister widersprach und betonte, dass Katar die Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppen aller Art ablehne. Ähnliche Vorwürfe wurden auch gegen die Türkei erhoben. So behauptet General Haftar, die Türkei würde "Terroristen" in Libyen unterstützen.²⁷ Sowohl Katar wie auch die Türkei hatten 2011 die libyschen Rebellen über Misrata mit Waffenlieferungen und anderen Hilfsgütern versorgt. Für eine aktuelle militärische Unterstützung libyscher Milizen gibt es jedoch keine konkreten Hinweise. Mit der Zurückdrängung des Einflusses der Muslimbrüder und der Rebellenmilizen würde auch der Einfluss der Türkei und Katars in Libyen zurückgehen. Dies wäre nach dem Sturz Mursis ein weiterer Rückschlag für den türkischen und katarischen Einfluss in Nordafrika. Um dem entgegenzuwirken, hat sich die Türkei politisch hinter den GNC gestellt. Der türkische Präsident Erdogan hat am 1. September 2014 erklärt, der Umzug des HoR nach Tobruk sei unakzeptabel, woraufhin ihm der libysche Außenminister der tobrucker Regierung Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgeworfen hat.²⁸

III. Die neue Achse Algerien-Tunesien, die versucht zwischen den Konfliktparteien zu moderieren:

Algerien versucht mit Unterstützung Tunesiens und der europäischen Mittelmeeranrainer – hier vor allem Spanien – über einen Dialog, der auch moderat-islamistische Kräfte einbezieht, Stabilität in der Region zu erzielen.²⁹ Algerien befürchtet ein Überschwappen der Kämpfe und hat Angst, dass algerische Terroristen Libyen als Rückzugsgebiet benutzen könnten. Algerien hält deswegen die Grenzübergänge zu Libyen seit Monaten geschlossen und hat Armeeeinheiten an der Grenze stationiert. Im Sommer 2014 gab es wiederholt Berichte über algerische Operationen gegen radikale Gruppen im Süden Libyens entlang der libysch-algerischen Grenze. Anders als Ägypten bemüht sich Algerien in enger Kooperation mit der tunesischen *Nahda* und unter Einbeziehung libyscher Islamisten darum, zwischen den Konfliktparteien in Libyen zu vermitteln. Dies schließt

¹ Die libysche Regierung hat inzwischen dementiert, ein solches Abkommen unterzeichnet zu haben. Trotzdem deuten die Details, die an die Öffentlichkeit gekommen sind, darauf hin, dass es zumindest Vorbereitungen in diese Richtung gibt. Vgl. A Security Agreement to legitimize Egyptian Intervention in Libya. In: Middle East Monitor, 16.9.2014. Abrufbar unter: <https://www.middleeastmonitor.com/news/africa/14159-a-security-agreement-to-legitimise-egyptian-intervention-in-libya>. (Letzter Zugriff: 16.9.2014).

nicht nur die Muslimbrüder ein, sondern auch radikalere Gruppen, wie Repräsentanten der *Libyan Islamic Fighting Groups*, deren Anführer Abdelhakim Belhadj Algerien noch im September besuchen soll.³⁰ Algerien war selber in den 1990er Jahren in einen blutigen Bürgerkrieg mit radikalen islamistischen Gruppen verwickelt. Die Kooptierung moderater Islamisten – vor allem des Arms der algerischen Muslimbrüder, dem *Mouvement de la Société pour la Paix* (MSP) – war eine der Säulen einer erfolgreichen Befriedungsstrategie, die Algerien jetzt auch auf andere Maghrebländer übertragen möchte. Gleichzeitig will es sich damit als Sicherheitspartner vor allem gegenüber Frankreich profilieren und seine regionale Rolle gegenüber Ägypten stärken. Unterstützt wird es dabei von Tunesien. Tunesien fürchtet neben dem Übergreifen bewaffneter Konflikte auf tunesisches Staatsgebiet ein Anwachsen der Flüchtlingsströme aus Libyen sowie negative Folgen für die tunesische Wirtschaft. Tunesien lehnt ausländische Interventionen in Libyen ab und setzt stattdessen auf einen Waffenstillstand und den Dialog zwischen allen Akteuren im Land. Laut Ghazi Jeribi, dem tunesischen Verteidigungsminister, koordinieren Algerien und Tunesien die Sicherung der gemeinsamen Grenze und die Terrorismusabwehr.³¹ Gemeinsam mit Spanien bemüht sich Algerien außerdem intensiv um einen inklusiven politischen Dialog zwischen den libyschen Konfliktparteien, der (5+5)-Gruppe, den südlichen Mittelmeeranrainern, der EU, der *Organisation of African Union* (OAU), der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen.

Zwischenfazit:

- Die Bruchlinie zwischen Katar und der Türkei auf der einen und Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der anderen Seite manifestiert sich auch in Libyen. Seit dem Sturz Präsident Mursis und der Machtergreifung General Sissis ist auch Ägypten in diese anti-islamistische Allianz eingebunden. Das Eingreifen der Regionalmächte droht die Spaltung Libyens weiter voranzutreiben und den offenen Ausbruch des bislang schwelenden Bürgerkrieges zu beschleunigen. Der Versuch Tunesiens und Algeriens, eine neutrale Haltung zu bewahren und den Dialog in Libyen zu unterstützen, kann in diesem Rahmen als Beitrag gesehen werden, die Integrität Libyens zu bewahren.

5. Implikationen für die deutsche Außenpolitik

Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Libyen hat sich der UN-Sicherheitsrat am 27. August 2014 in der Resolution 2174 mit der Situation in Libyen beschäftigt. Deutschland war einer der Co-Sponsoren dieser Resolution, die als Grundlage für außenpolitisches Handeln Deutschlands dienen sollte. Darüber hinausgehende eigene Bemühungen Deutschlands sollten prioritär Bemühungen der *United Nations Support Mission in Libya* (UNSMIL) und des Sonderbeauftragten der UN für Libyen, Bernardino Leon, unterstützen und in Koordination mit der UN ergänzen. Auch die Initiative Algeriens und der 5+5 Gruppe, die in dem Konflikt vermitteln, sollte durch die deutsche Außenpolitik unterstützt werden.

Wichtige Handlungsfelder sind dabei:

Erstens - Durchsetzung von Waffenstillstand und Waffenembargo: In der Resolution 2174 wird die Durchsetzung eines sofortigen Waffenstillstandes gefordert. Dieser muss durch eine strikte Überprüfung der Einhaltung des Waffenembargos, das vom UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1970 (2011) beschlossen und durch die Resolution 2174 (2014) noch einmal bekräftigt wurde, ergänzt werden. In diesem Zusammenhang sollte die deutsche Außenpolitik darauf drängen, dass Vorwürfe von katarischen Waffenlieferungen und einer möglichen militärischen Einmischung Ägyptens und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ernst genommen und untersucht werden. Beide Resolutionen sehen Sanktionen gegen Personen und Parteien vor, die das Waffenembargo verletzen.

Zweitens - Inklusivität: Wie der UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Bernardino Leon, am 11. September 2014 auf einer Pressekonferenz in Tripolis erklärte, wird es die größte Herausforderung sein, die richtige Balance zwischen Legitimität und Inklusivität zu finden.³² Die internationale Staatengemeinschaft hat die Ergebnisse der Wahlen zum *House of Representatives* (HoR) anerkannt. Andererseits ist diese Legitimität fragil. Die Legitimität des HoR kann nur durch eine inklusive Politik gestärkt werden, in der sich alle Libyer wiederfinden. Eine solche Inklusivität könnte durch eine Regierung der Nationalen Einheit und die Initiierung eines umfassenden Nationalen Dialogs garantiert werden.

Drittens - Förderung eines umfassenden nationalen Dialogs: Wichtige Instrumente zur Herstellung der Inklusivität sind die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und ein darüber hinausgehender umfassender nationaler Dialog, der nicht nur Repräsentanten der Konfliktparteien, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Organe, die das Vertrauen der Menschen genießen, wie Stammesräte und gewählte Gemeindevertreter, einschließen. Voraussetzung für die Teilnahme an einem Dialog muss die Anerkennung folgender gemeinsamen Prinzipien sein:³³

- Die Anerkennung des Prinzips, dass politische Probleme nur durch Dialog zu lösen sind.
- Der Respekt vor der Verfassungserklärung vom 11. August 2011 und das Festhalten an der Fortsetzung des demokratischen Prozesses.

- Die Zurückweisung jeglicher Form des Terrorismus und der Respekt vor den universellen Menschenrechten.
- Die Befähigung der Regierung ohne Einschüchterungsversuche durch bewaffnete Kräfte ihren Aufgaben nachzugehen.

Viertens - Einbeziehung moderat-islamistischer Kräfte wie der Muslimbruderschaft und der JCP:

Erstens sind moderat-islamistische Kräfte wie die libysche Muslimbruderschaft Teil der politischen Mitte, ohne die das Land sich nicht stabilisieren kann und *zweitens* eine wichtige Alternative zu radikal-islamistischen Kräften. Polarisierungen unter dem Verlust der Mitte führen zur Stärkung von extremistischen Alternativen auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Zudem handelt es sich bei der Muslimbruderschaft (und der JCP) um eine politische Kraft, die nicht einzelnen Stämmen verbunden ist, sondern sich auf ein gesamt nationales, demokratisches Programm stützt und damit der Tribalisierung libyscher Politik entgegenwirkt.

Fünftens - Unterstützung der Erarbeitung einer neuen Verfassung: Ziel des Verfassungsprozesses sollte eine Verfassung sein, in der sich alle Libyer wieder finden. Dabei sollte die Verfassungsgebende Versammlung unterstützt werden. Damit die Verfassung zur Grundlage einer stabilen demokratischen Ordnung werden kann, muss der verfassungsgebende Prozess inklusiv und konsensorientiert sein und darf nicht – wie in Ägypten – zum Teil der politischen Konflikte werden.

Sechstens - Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen: Deutschland sollte auf die systematische Untersuchung und juristische Aufarbeitung von Verstößen gegen die Internationale Menschenrechtscharta oder das Humanitäre Völkerrecht ggf. auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof drängen.

Siebtens - Moderation und Konsensorientierung: Deutsche Außenpolitik sollte moderierend und konsensstiftend wirken. Sie sollte vermeiden, sich in die politische Dichotomisierung hineinziehen zu lassen. Die Anerkennung der Legitimität des HoR und der Regierung unter al-Thinni bedeutet angesichts des fragilen Transformationsprozesses nicht, jeden Beschluss dieser Regierung zu unterstützen, vor allem wenn es sich um Maßnahmen handelt, die die Polarisierung weiter vertiefen.

- ¹ Vgl. Lacher, Wolfram (2011): Families, Tribes and Cities in the Libyan Revolution. Abrufbar unter: <http://www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/families-tribes-and-cities-libyan-revolution>. (Letzter Zugriff: 17.09.2014).
- ² Vgl. Pack, Jason/Mezran, Karim/Eljarh, Mohamed (2014): Libya's Faustian Bargains: Breaking the Appeasement Cycle. Abrufbar unter: http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Libyas_Faustian_Bargains.pdf. (Letzter Zugriff: 17.09.2014).
- ³ Vgl. Pack, Jason/Mezran, Karim/Eljarh, Mohamed (2014): Libya's Faustian Bargains: Breaking the Appeasement Cycle. Abrufbar unter: http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/Libyas_Faustian_Bargains.pdf. (Letzter Zugriff: 17.09.2014). S.30.
- ⁴ Vgl. Anas al-Gomati: Why Libya's 'Isolation Law' threatens progress. Abrufbar unter: <http://globalpublicsquare.blogs.cnn.com/2013/05/21/why-libyas-isolation-law-threatens-progress/>. Vgl. zur Problematik des Gesetzes auch: Alison Pargeter (2014): Insiders and Outsiders in the New Libya. Arab Center for Research and Policy Studies. Doha. Abrufbar unter: <http://de.calameo.com/read/001231435c2f92d5d38b6> (Letzter Zugriff: 5.9.2014) und Roman David und Houda Mzoudet (2014): Personnel Change or Personal Change. Rethinking Libya's Political Isolation Law. Brookings Doha Center. Paper Series. No. 4. March 2014. Abrufbar unter: <http://www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2014/03/17%20libya%20lustration%20david%20mioudet/lustration%20in%20libya%20english.pdf> (Letzter Zugriff: 5.9.2014).
- ⁵ Vgl. Haftar: *hadafna tandhif libiya min al-ikhwan al-muslimin* [Haftar: Unser Ziel ist, Libyen von den Muslimbrüdern zu säubern]. Interview mit Khalifa Haftar. Al-sharq al-awsat, 19.5.2015. Abrufbar unter: <http://www.aawsat.com/home/article/100263>. (Letzter Zugriff: 10.9.2014).
- ⁶ O.V.: Once a U.S. asset, General Haftar recruited Libya's entire military command with Egypt's backing. Worldtribune, 23. Mai 2014. Vgl. <http://www.worldtribune.com/2014/05/23/egypt-gcc-support-libyan-mutiny-led-renegade-gen-hafter/> (Letzter Zugriff: 10.9.2014).
- ⁷ Vgl. Noora Ibrahim: Benghazi's bloody Friday – ten targeted murders in 24 hours. Libya Herald (Tripoli). 21 September 2014, abrufbar unter: <http://www.libyaherald.com/2014/09/20/benghazis-bloody-friday-ten-targeted-murders-in-24-hours/#axzz3DwUGSvtX> (Letzter Zugriff: 21.9.2014).
- ⁸ Vgl. das Interview mit Mary Fitzgerald auf Middle East Podcast. Abrufbar unter: <http://middleeastweek.org/home/2014/8/31/libyan-crisis-deteriorating>. (Letzter Zugriff: 5.9.2014).
- ⁹ Vgl. Weiter unten „Regionale Implikationen“.
- ¹⁰ Vgl. Fitzgerald, Mary (2014), S.186.
- ¹¹ In Abu Slim wurden am 29. Juni 1996 in einem Massaker 1.200 Insassen ermordet..
- ¹² Vgl. Bashir al-Kubti al-muraqib al-aam l-ikhwan llibia: *al-nidham al-sabiq saqat r'asihi faqat wa jimuhu ma zal yuharrik dawalib al-hukuma* [Bashir al-Kubti, der Generalinspektor der Brüder Libyens: Nur der Kopf der alten Ordnung ist gefallen, ihr Körper bewegt noch immer die Räder der Regierung], Interview in al-Quds al-Araby, 30.3.2014. Abrufbar unter: <http://www.alquds.co.uk/?p=149506&print=1> (Letzter Zugriff: 14.9.2014).
- ¹³ *Al-mas'ul al-`am lijama`at al-ikhwan al-muslimin fi libia: lasna sbab al-qalaqil wa al-hukuma tarakat al-habl ala-gharib* [der Verantwortliche für die Muslimbrüder in Libyen: Nicht wir sind der Grund für die Unruhe im Land. Es ist die Regierung, die das Bött nicht festgebunden hat] Interview mit Bashir al-Kibti in Sharq al-aswast, 20. Juli 2014. Abrufbar unter: <http://classic.aawsat.com/print.asp?did=780053&issueno=13018> (Letzter Zugriff: 4.9.2014).
- ¹⁴ Interview mit Bashir al-Kibti in al-Qabas, siehe Anmerkung 21.
- ¹⁵ Die Erklärungen finden sich auf den Facebook-Seiten der libyschen Muslimbrüder [<https://www.facebook.com/pages/131813446852369/الليبية-المسلمين-الاخوان>] und der JCP [<https://www.facebook.com/LYabparty>].
- ¹⁶ Vgl. Libya's Justice and Construction Party Withdraws Ministers. "The ministers affected by the withdrawal include: the Oil and Gas Minister Abdulbari Al-Arusi, Housing and Utilities Minister Ali Al-Sharif, Youth and Sport Minister Abdul Salam Guaila, Economy Minister Mustafa Abofanas, and Electricity Minister, Ali Muhairiq." Abrufbar unter: <http://pomed.org/blog-post/uncategorized/libyas-justice-and-construction-party-withdraws-ministers/>. (Letzter Zugriff: 17.09.2014).
- ¹⁷ Vgl. Ansprache Muhammed Sawans auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=oOukfcUAqi8>. (Letzter Zugriff: 13.9.2014).
- ¹⁸ Vgl. Facebook-Seite der Partei: <https://www.facebook.com/LYabparty>; Eintrag vom 23. 6. 2014.
- ¹⁹ Vgl. Sawan li-DPA: *akthar min thultha al-sha`ab aiyidu fajr libia* [Sawan gegenüber DPA: Mehr als Zwei Drittel des libyschen Volkes unterstützt die Operation Fajr. Interview Mohammed Sawans mit DPA am 25.8.14: http://www.alwasat.ly/ar/mobile/article?articleid=33165#U_syA0qoWCE.facebook. (Letzter Zugriff: 13.9.2014).
- ²⁰ Ebenda.

-
- ²¹ Die Zusammenfassung des Interview findet sich auf der Facebook-Seite Mohamed Sawans: https://www.facebook.com/mohamed.sowane?fref=ts&ref=br_tf . Eintrag vom 1.8.2014. (Letzter Zugriff: 13.9.2014).
- ²² Erklärung der JCP vom 24.8.14. Vgl. die Facebook-Seite der Partei: <https://www.facebook.com/LYabparty>. Eintrag vom 24.8.2014. (Letzter Zugriff: 13.9.2014).
- ²³ Vgl. Dihstelhoff, Julius und Lübben, Ivesa: Islamismus in Ägypten nach der Amtsenthebung Mursis – Aktuelle Entwicklungen und regionale Implikationen. Tischvorlage für Expertenseminar am 3.Juli 2014.
- ²⁴ Vgl. Kirkpatrick, David D./Schmitt, Eric (2014): Arab Nations Strike in Libya, Surprising U.S.. Abrufbar unter: <http://www.nytimes.com/2014/08/26/world/africa/egypt-and-united-arab-emirates-said-to-have-secretly-carried-out-libya-airstrikes.html>. (Letzter Zugriff: 16.09.2014). Vgl. auch den detaillierten Bericht über die emiratische Luftwaffe und die emiratisch-ägyptischen Militärbeziehungen. In: If Egypt and the United Arab Emirates Hit Libya with Airstrikes, here is how they might have done it. International Business Times, 25.August 2014, abrufbar unter: <http://www.ibtimes.com/if-egypt-united-arab-emirates-hit-libya-airstrikes-heres-how-they-might-have-done-it-1668568>. (Letzter Zugriff: 16.9.2014).
- ²⁵ Vgl. Donaghy, Rori (2014): Libya's future hangs in the balance, as US decries joint Egypt and UAE airstrikes. Abrufbar unter: <http://www.middleeasteye.net/news/libyas-future-hangs-balance-regional-intervention-looms-1678506178> (Letzter Zugriff: 16.09.2014).
- ²⁶ Vgl. Black, Ian (2014): UAE's boldness in Libya reveals new strains between west and its Arab allies. Abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2014/aug/26/uae-boldness-libya-strains-with-west-arab-allies>. (Letzter Zugriff: 16.09.2014).
- ²⁷ Vgl. Idiz, Semhi (2014): Hifter accuses Turkey of supporting terror in Libya. Abrufbar unter: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/idiz-haftar--accuses-turkey-terrorism-libya-qatar-erdogan.html>. (Letzter Zugriff: 16.09.2014).
- ²⁸ Vgl. o.V.: Diplomatic Spat between turkey and Libya over Tobruk. Daily Sabah, 3.9.2014. Abrufbar unter: <http://www.dailysabah.com/africa/2014/09/01/diplomatic-spat-between-turkey-and-libya-over-tobruk>. (Letzter Zugriff: 16.9.2014).
- ²⁹ Vgl. Nadia Benakli: Lamamra expose l'approche de l'Algérie. L'Expression (Algier) 17 Septembre 2014. Abrufbar unter: <http://www.lexpressiondz.com/actualite/202258-lamamra-expose-l-approche-de-l-algerie.html>. (Letzter Zugriff: 21.9.2014).
- ³⁰ Vgl. Aboud, Hichem: La main tendue d'Alger aux Frère musulmans libyens. In: Monde Afrique, 7.9.2014. Abrufbar unter: <http://mondafrique.com/lire/international/2014/09/07/le-libyen-abdelhakim-belhadj-bientot-a-alger>. (Letzter Zugriff: 13.9.2014).
- ³¹ Vgl. Al-Turki, Nadia (2014): Tunisian Defence Minister: War on Terror requires patience. Abrufbar unter: <http://www.aawsat.net/2014/08/article55335634> (Letzter Zugriff: 16.09.2014).
- ³² Vgl. die Zusammenfassung von auf: <http://unsmil.unmissions.org/Default.aspx?tabid=3543&ctl=Details&mid=6187&ItemID=1973231&language=en-US>. (Letzter Zugriff: 18.9.2014).
- ⁴⁵ Vgl. Leon, Bernadino: Briefing by Bernardino León SRSG for Libya - Meeting of the Security Council 15 September 2014. Abrufbar unter: <http://unsmil.unmissions.org/Default.aspx?tabid=3543&ctl=Details&mid=6187&ItemID=1974302&language=en-US>. (Letzter Zugriff: 18.9.2014).

Autorinnen

Heidi Reichinnek und **Ivesa Lübben** sind Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Fachgebiet Politik des CNMS. Zu ihren gemeinsamen Forschungsschwerpunkten gehören Islamismus und Transformationsprozesse im Nahen Osten.

Kontakt: Heidi.reichinnek@uni-marburg.de
Ivesa.luebben@uni-marburg.de



Hintergrund

Die Schriftenreihe "MENA direkt" ist angesiedelt am Fachgebiet Politik des Centrums für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rachid Ouaisa. Sie beschäftigt sich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsdynamiken und aktuellen Entwicklungen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Schriftenreihe versteht sich als prozessbegleitende Dokumentation der Umbruchprozesse in der Region. Die zugehörige Themenreihe „Islamismus in Bewegung“ ist im Rahmen von Transformationspartnerschaftsprojekten des Fachgebiets mit dem Auswärtigen Amt entstanden.

**Alle Rechte vorbehalten. Die hier geäußerten Meinungen spiegeln die der Autoren wider.
Kommentare können gerne direkt an die Autoren gerichtet werden.**